

## Aus dem Landtag vom 20. Juni 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/jw5>

### Erweiterter Nichtrauchererschutz beschlossen

Zwischen der ersten Lesung des Gesetzes im Mai und der heutigen zweiten Lesung fand noch eine Anhörung der von der Erweiterung des Nichtrauchererschutzes betroffenen Betriebe mit Geldspielautomaten statt. Das Ergebnis fand in einem Änderungsantrag der rot-grünen Koalitionsfraktionen Niederschlag, der das Rauchen in abgeteilten Räumen, wo Automaten spiel stattfindet, gestattet. Was den Gastronomiebetrieben bereits erlaubt ist, soll eben auch für Spielhallen oder die Spielbank gelten.



Kirsten Kappert-Gonther, für Gesundheitspolitik zuständig, erläuterte noch einmal die drei grundlegenden Leitgedanken für den Nichtrauchererschutz: Die Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen gehen um so stärker zurück, je strenger die gesetzlichen Regelungen sind. Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass ein umfassender Nichtrauchererschutz möglich ist.

Und: ArbeitnehmerInnen müssen am Arbeitsplatz so weit wie möglich vor gesundheitsschädigenden Einflüssen geschützt werden.

### Zwangsprostitution und Menschenhandel bekämpfen

Um energisch Zwangsprostitution und Menschenhandel entgegenzuwirken, wollte die rot-grüne Koalition ursprünglich ein eigenes bremisches Prostitutionsstättengesetz erlassen. Dem ist die Bundesregierung mit einem Gesetzentwurf zuvorgekommen, der allerdings große Lücken bei der Zulassung und Kontrolle von Bordellbetrieben lässt. Mit einem Antrag, den die frauenpolitische Sprecherin Doris Hoch vertritt, fordert die Bremer Koalition nunmehr den Senat auf, in den Verhandlungen im Bundesrat auf entscheidende Änderungen hinzuwirken. Diese betreffen vor allem die nicht geregelte Prostitution in Wohnungen. Ebenso wird kritisiert, dass für Prostitutionsbetriebe keine Erlaubnispflicht vorgesehen ist – ohne Regelungen hinsichtlich der Zuverlässigkeit der BetreiberInnen und deren Geschäftsführungen. Nicht geregelt ist auch der Arbeitsschutz und die Ausstattung der Räumlichkeiten. Hierzu listet der Antrag einen umfangreichen Forderungskatalog auf.



Die frauenpolitische Sprecherin Doris Hoch ging zunächst auf das 2002 von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Prostitutionsgesetz ein, das die rechtliche und soziale Lage von Prostituierten verbessern sollte, es aber, wie sich heute zeigt, nicht geschafft hat, ausbeuterische Prostitution zu verhindern und die davon Profitierenden zu kontrollieren. Das neue Gesetz der Bundesregierung will Bordellbetriebe in die Gewerbeordnung aufnehmen. Diese jedoch, so Hoch, ist völlig untauglich. Es geht nicht darum, jene zu kriminalisieren, die selbstbestimmt der Prostitution nachgehen, aber die Gewerbeordnung ist weder einschlägig noch geeignet,



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

AkteurInnen und ProfiteurInnen ausbeuterischer Prostitution in hinreichendem Maß zu kontrollieren und deren Geschäfte unmöglich zu machen.

## Bremer Traditionsveranstaltungen nicht mehr ohne Frauen

Traditionelle Bremer Veranstaltungen wie die Eiswette, das Tabak-Collegium, das Stiftungsfest des Ostasiatischen Vereins oder – besonders prominent – die Schaffermahlzeit schließen ebenso traditionell Frauen von der Teilnahme aus. Gegen diese, schon lange nicht mehr in die heutige Zeit passenden Statuten wurde vielfach protestiert, auch der Bürgermeister forderte mehrfach, Frauen zur Schaffermahlzeit zuzulassen. Mit einem Entschließungsantrag der rot-grünen Fraktionen gibt die Bürgerschaft ihrer Haltung Ausdruck, dass die Einladungspraxis dieser Veranstaltungen geändert wird und die bremischen Werte Gleichberechtigung, Modernität und Weltoffenheit auch bei Traditionsveranstaltungen repräsentiert werden.



Wie schon in einer Debatte zu dem Thema im März 2013 betonte Doris Hoch noch einmal die Bedeutung, die Traditionen für die Gesellschaft haben. Aber genau so, wie sich die Gesellschaft wandelt, müssen auch Traditionen darauf geprüft werden, ob sie noch zeitgemäß sind. In den vergangenen Jahren mehrten sich negative Schlagzeilen in überregionalen Zeitungen, was Bremen schadet. Dies muss der Vergangenheit angehören, fordert Doris Hoch. Dazu sei es nötig, den Staub nicht mehr zeitgemäßer Rituale aus den Anzügen und auch aus den Köpfen zu schütteln.

Just heute wird vermeldet, dass das Haus Seefahrt, die Stiftung, die das Schaffermahl ausrichtet, innerhalb der nächsten fünf Jahre die Veranstaltung für Frauen öffnen will.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)